S 10 R 361/15

Sozialgerichtsbarkeit Bundesrepublik Deutschland

Land	Bundesrepublik Deutschland
Sozialgericht	Bundessozialgericht
Sachgebiet	Rentenversicherung
Abteilung	-
Kategorie	Beschluss
Bemerkung	-
Rechtskraft	-
Deskriptoren	Sozialgerichtliches Verfahren - Gegenstand des Klageverfahrens - weiterer Antrag auf Rente wegen verminderter Erwerbsfähigkeit aus der gesetzlichen Rentenversicherung während des Klage- oder Berufungsverfahrens - erneute Rentenablehnung
Leitsätze	Ein Verwaltungsakt, der während eines Klage- oder Berufungsverfahrens erlassen wird und mit dem der Rentenversicherungsträger auf einen neuerlichen Antrag des Versicherten hin die Bewilligung einer Rente wegen Erwerbsminderung jedenfalls für einen Teil des streitigen Zeitraums erneut ablehnt, wird Gegenstand des Klageverfahrens.
Normenkette	SGG § 96 Abs 1 ;SGB VISGG § 160 Abs 2 Nr 1;SGB VISGG § 160 Abs 2 Nr 3;SGB VISGG § 160a Abs 2 S 3;SGB VISGB VI § 43

1. Instanz

Aktenzeichen	S 10 R 361/15
Datum	12.05.2016

2. Instanz

Aktenzeichen	L 7 R 132/16
Datum	22.01.2019

3. Instanz

Datum	21.10.2020
-------	------------

Der Antrag des Klägers auf Bewilligung von Prozesskostenhilfe für das Verfahren der Beschwerde gegen die Nichtzulassung der Revision im Beschluss des Landessozialgerichts Mecklenburg-Vorpommern vom 22. Januar 2019 ([L 7 R 132/16](#)) unter Beiordnung seiner Bevollmächtigten wird abgelehnt. Die Beschwerde des Klägers gegen die Nichtzulassung der Revision in diesem Beschluss wird zurückgewiesen. Die Beteiligten haben einander für das Beschwerdeverfahren keine außergerichtlichen Kosten zu erstatten.

Gründe:

I

1

Der Kläger begehrt im zugrunde liegenden Rechtsstreit die Gewährung einer Erwerbsminderungsrente.

2

Der beklagte Rentenversicherungsträger lehnte mit Bescheid vom 18.4.2011 in Gestalt des Widerspruchsbescheids vom 20.3.2012 einen ersten Rentenantrag des Klägers ab. Der Kläger erhob dagegen Klage vor dem SG Neubrandenburg. Während des Klageverfahrens beantragte er erneut die Gewährung einer Erwerbsminderungsrente, was die Beklagte als unzulässig ablehnte (Bescheid vom 13.5.2015; Widerspruchsbescheid vom 17.9.2015). Die dagegen erhobene weitere Klage des Klägers ([S 10 R 361/15](#)) hat das SG wegen mangelnden Rechtsschutzbedarfs als unzulässig abgewiesen (Urteil vom 12.5.2016). Das LSG Mecklenburg-Vorpommern hat die vom Kläger hiergegen eingelegte Berufung ([L 7 R 132/16](#)) zurückgewiesen. In Übereinstimmung mit dem SG hat es die Klage als unzulässig erachtet. Der angefochtene Bescheid sei zwar nicht gemäß [§ 96 Abs 1 SGG](#) Gegenstand des ersten Klageverfahrens geworden. Es fehle jedoch am erforderlichen Rechtsschutzbedarfs für eine zweite Klage. Über den geltend gemachten Anspruch werde im ersten Klageverfahren auch über das Datum des erneuten Rentenantrags hinaus entschieden, denn diesem komme keine Zurückwirkung zu. Das LSG hat ergänzt, die zweite Klage sei selbst dann unzulässig, wenn man davon ausgehen wollte, der angefochtene Bescheid sei Gegenstand des ersten Klageverfahrens geworden. Dann stehe ihr die anderweitige Rechtshängigkeit entgegen (Beschluss vom 22.1.2019).

3

Das LSG hat die Revision gegen seinen Beschluss nicht zugelassen. Dagegen wendet sich der Kläger mit einer Nichtzulassungsbeschwerde, für die er die Bewilligung von Prozesskostenhilfe (PKH) unter Beiordnung seiner Bevollmächtigten beantragt. Er macht zunächst den Zulassungsgrund der grundsätzlichen Bedeutung ([§ 160 Abs 2 Nr 1 SGG](#)) geltend. Klärungsbedürftig und klärungsbedürftig sei folgende Frage:

â□□ Wird ein Ablehnungsbescheid des RentenversicherungstrÃ¤gers, der auf einen neuen Antrag des Versicherten in einem bereits laufenden Renten(klage)verfahren ergeht, welches bereits einen Ablehnungsbescheid des RentenversicherungstrÃ¤gers zum Gegenstand hat, ein Gegenstandsbescheid nach [Â§ 96 SGG](#) des laufenden Klageverfahrens?â□□

FÃ¼r den Fall, dass die erste Frage verneint wird, formuliert er als zweite Frage:

â□□ Tritt durch den neuen Rentenanspruch in einer laufenden Rentenstreitigkeit eine zeitliche ZÃ¼rsur ein mit der Folge, dass im alten Rentenverfahren die AnsprÃ¼che nur bis zum Rentenanspruch geprÃ¼ft werden dÃ¼rfen und/oder besteht ein RechtsschutzbedÃ¼rfnis fÃ¼r ein Rechtsmittel gegen den neuen Rentenablehnungsbescheid?â□□

4

Der KlÃ¤ger bringt vor, die erste Frage sei bislang nicht hÃ¼chstrichterlich geklÃ¤rt. Das BSG habe lediglich fÃ¼r die â□□ hier nicht gegebene â□□ Fallkonstellation, in der auf einen wÃ¤hrend des Klageverfahrens gestellten weiteren Rentenanspruch hin die begehrte Rente teilweise bewilligt und teilweise abgelehnt werde, entschieden, dass der neue Bescheid Gegenstand des laufenden Klageverfahrens werde. Dazu weist er auf eine Entscheidung vom 17.8.2017 hin (BSG Beschluss vom 17.8.2017 â□□ [B 5 R 248/16 B](#) â□□ juris). UngeklÃ¤rt sei hingegen, ob das auch fÃ¼r einen Bescheid gelte, der wÃ¤hrend eines laufenden Klageverfahrens ergehe und mit dem wie hier auf einen erneuten Rentenanspruch hin die begehrte Rente erneut vollstÃ¤ndig abgelehnt werde. In der Rechtsprechung der Landessozialgerichte werde diese Frage unterschiedlich beantwortet. Der KlÃ¤ger meint, insoweit liegt kein Fall des [Â§ 96 Abs 1 SGG](#) vor. BezÃ¼glich der weiteren Frage bejaht der KlÃ¤ger ein RechtsschutzbedÃ¼rfnis fÃ¼r eine gesonderte Klage, denn er sei durch die erneute Rentenablehnung beschwert und mit einer zweiten Klage kÃ¶nne er sein Rechtsschutzziel zumindest fÃ¼r den Zeitraum ab der Stellung des neuerlichen Rentenanspruchs erreichen.

5

Der KlÃ¤ger macht zudem den Zulassungsgrund des Verfahrensmangels ([Â§ 160 Abs 2 Nr 3 SGG](#)) geltend. Insoweit bringt er vor, das SG habe statt eines Prozessurteils ein Sachurteil erlassen mÃ¼ssen, eben weil ein RechtsschutzbedÃ¼rfnis fÃ¼r seine zweite Klage vorgelegen habe. Dieser Fehler setze sich in der Berufungsentscheidung fort.

II

6

1. Der PKH-Antrag des KlÃ¤gers ist abzulehnen. Nach [Â§ 73a Abs 1 Satz 1 SGG](#) iVm [Â§Â§ 114, 121 ZPO](#) kann einem bedÃ¼rftigen Beteiligten PKH bewilligt werden, wenn die beabsichtigte Rechtsverfolgung hinreichende Aussicht auf Erfolg bietet.

Daran fehlt es hier. Der KlÄxger hat PKH fÄ¼r eine von einer beim BSG zugelassenen ProzessbevollmÄxchtigten bereits eingelegte und bis zum Ablauf der BegrÄ¼ndungsfrist bereits begrÄ¼ndete Beschwerde gegen die Nichtzulassung der Revision im Berufungsbeschluss beantragt. Hinreichende Erfolgsaussichten bÄ¼lte diese Nichtzulassungsbeschwerde nur, wenn die Revision zuzulassen wÄ¼re, weil einer der in [Ä§ 160 Abs 2 Nr 1 bis 3 SGG](#) genannten ZulassungsgrÄ¼nde in der gemÄ¼Ä¼ [Ä§ 160a Abs 2 Satz 3 SGG](#) vorgeschriebenen Form dargelegt bzw bezeichnet und tatsÄ¼chlich gegeben wÄ¼re. Das ist nicht der Fall, weil die Nichtzulassungsbeschwerde des KlÄxgers jedenfalls unbegrÄ¼ndet ist (dazu unter 2.).

7

Mit der Ablehnung des Antrags auf Bewilligung von PKH entfÄ¼llt zugleich die MÄ¼glichkeit der Beiordnung eines Rechtsanwalts im Rahmen der PKH ([Ä§ 73a Abs 1 SGG](#) iVm [Ä§ 121 Abs 1 ZPO](#)).

8

2. Die unbedingt eingelegte Nichtzulassungsbeschwerde hat keinen Erfolg. Es kann dahin stehen, ob die BeschwerdebegrÄ¼ndung des KlÄxgers in jeder Hinsicht der nach [Ä§ 160a Abs 2 Satz 3 SGG](#) gebotenen Form genÄ¼gt (vgl Senatsbeschluss vom 16.10.2019 â¼¼ [B 13 R 175/18 B](#) â¼¼ juris RdNr 8, zu der MÄ¼glichkeit, die ZulÄ¼ssigkeit einer Nichtzulassungsbeschwerde offenzulassen). Sie ist jedenfalls unbegrÄ¼ndet. Die behauptete oder tatsÄ¼chliche inhaltliche Unrichtigkeit der Berufungsentscheidung kann nicht zur Zulassung der Revision fÄ¼hren (stRspr; vgl BSG Beschluss vom 25.7.2011 â¼¼ [B 12 KR 114/10 B](#) â¼¼ SozR 4-1500 Ä§ 160 Nr 22 RdNr 4; BVerfG Beschluss vom 6.5.2010 â¼¼ 1 BvR 36/10 â¼¼ SozR 4-1500 Ä§ 178a Nr 11 RdNr 28 mwN). Zudem liegt keiner der vom KlÄxger geltend gemachten ZulassungsgrÄ¼nde vor.

9

a) Der geltend gemachte Zulassungsgrund der grundsÄ¼tzlichen Bedeutung ([Ä§ 160 Abs 2 Nr 1 SGG](#)) ist nicht gegeben.

10

Die Revisionszulassung wegen grundsÄ¼tzlicher Bedeutung der Rechtssache setzt eine Rechtsfrage voraus, deren KlÄ¼rung Ä¼ber den zu entscheidenden Einzelfall hinaus aus GrÄ¼nden der Rechtseinheit oder Rechtsfortbildung im allgemeinen Interesse erforderlich (KlÄ¼rungsbedÄ¼rftigkeit) und deren KlÄ¼rung durch das Revisionsgericht zu erwarten (KlÄ¼rungsfÄ¼higkeit) ist (stRspr; vgl etwa Senatsbeschluss vom 29.6.2018 â¼¼ [B 13 R 9/16 B](#) â¼¼ juris RdNr 12 mwN). RegelmÄ¼Ä¼ig nicht klÄ¼rungsbedÄ¼rftig ist eine Rechtsfrage, die bereits hÄ¼hlichstrichterlich entschieden ist (stRspr; zB BSG Beschluss vom 16.4.2013 â¼¼ [B 14 AS 206/12 B](#) â¼¼ juris RdNr 6 mwN; zu den â¼¼ hier nicht in Betracht kommenden â¼¼ Ausnahmen vgl Leitherer in Meyer-

Ladewig/Keller/Leitherer/Schmidt, SGG, 13. Aufl 2020, Â§ 160 RdNr 8b f). Als bereits hÄ¼chstrichterlich geklÄ¼rt ist eine Rechtsfrage auch dann anzusehen, wenn das Revisionsgericht bzw das BVerfG diese zwar noch nicht ausdrÄ¼cklich entschieden hat, jedoch schon eine oder mehrere hÄ¼chstrichterliche Entscheidungen ergangen sind, die ausreichende Anhaltspunkte zur Beurteilung der von der Beschwerde als grundsÄ¼tzlich herausgestellten Rechtsfrage geben (vgl Senatsbeschluss vom 21.1.1993 â [13 BJ 207/92](#) â [SozR 3-1500 Â§ 160 Nr 8](#) S 17; Senatsbeschluss vom 8.2.2017 â [B 13 R 294/16 B](#) â juris RdNr 4).

11

Die vom KlÄ¼ger aufgeworfene erste Frage ist nicht mehr klÄ¼rungsbedÄ¼rftig. Vielmehr lÄ¼sst sie sich anhand der hÄ¼chstrichterlichen Rechtsprechung eindeutig beantworten. Nach der Rechtsprechung beider Rentensenate des BSG liegen, wenn wÄ¼hrend eines Klage- oder Berufungsverfahrens auf einen weiteren Antrag hin Rente wegen Erwerbsminderung â wie hier â erneut abgelehnt oder fÄ¼r einen Teil des streitigen Zeitraums bewilligt und im Ä¼brigen weiter abgelehnt wird, iS von [Â§ 96 Abs 1 SGG](#) die bisherige Ablehnung ersetzende Neuregelungen vor, Ä¼ber die in unmittelbarer Anwendung der Norm zu entscheiden ist (BSG Beschluss vom 17.8.2017 â [B 5 R 248/16 B](#) â juris RdNr 9; BSG Senatsbeschluss vom 12.3.2019 â [B 13 R 329/17 B](#) â juris RdNr 8).

12

Hinsichtlich der zweiten vom KlÄ¼ger aufgeworfenen Rechtsfrage fehlt es jedenfalls an der erforderlichen KlÄ¼rungsfÄ¼higkeit. Die Frage nach dem RechtsschutzbedÄ¼rfnis fÄ¼r eine gesonderte Klage gegen die erneute Rentenablehnung stellt sich â auch nach dem VerstÄ¼ndnis des KlÄ¼gers â nur, wenn Ä¼ber die erneute Rentenablehnung nicht im ersten Klageverfahren zu entscheiden ist. Das ist aber wie ausgefÄ¼hrt gerade der Fall.

13

b) Ebenso wenig liegt der geltend gemachte Zulassungsgrund des Verfahrensmangels ([Â§ 160 Abs 2 Nr 3 SGG](#)) vor.

14

Ein Verfahrensmangel iS von [Â§ 160 Abs 2 Nr 3 Halbsatz 2 SGG](#) ist der VerstoÄ¼ des Gerichts im Rahmen des prozessualen Vorgehens im unmittelbar vorangehenden Rechtszug, auf dem die Entscheidung beruhen kann (stRspr; vgl zB BSG Urteil vom 29.11.1955 â [1 RA 15/54](#) â [BSGE 2, 81](#), 82; BSG Urteil vom 24.10.1961 â [6 RKa 19/60](#) â [BSGE 15, 169](#), 172 = SozR Nr 3 zu [Â§ 52 SGG](#); jÄ¼ngst BSG Senatsbeschluss vom 18.12.2019 â [B 13 R 340/18 B](#) â juris RdNr 12).

15

Der vom KlÄ¼ger gerÄ¼gte Erlass eines Prozessurteils begrÄ¼ndet keinen solchen

Verstoß. Zwar kann ein fortwirkender Verfahrensmangel vorliegen, wenn anstelle eines erstinstanzlichen Prozessurteils eine Sachentscheidung hätte ergehen müssen und das Berufungsgericht lediglich das erstinstanzliche Prozessurteil bestätigt (BSG Beschluss vom 6.2.2017 – [B 4 AS 47/16 BH](#) – juris RdNr 10; Senatsbeschluss vom 31.7.2017 – [B 13 R 140/17 B](#) – juris RdNr 5). Die Klage des Klägers ist jedoch im Ergebnis zutreffend durch Prozessurteil abgewiesen worden. Sie ist wegen anderweitiger Rechtshängigkeit unzulässig und wäre einem Sachurteil nicht zugänglich gewesen, weil der angefochtene Bescheid bereits mit seinem Erlass gemäß [Â§ 96 Abs 1 SGG](#) Gegenstand des zuvor vom Kläger angestrebten ersten Klageverfahrens geworden ist. Allein der Umstand, dass das SG und ihm folgend das LSG hier eine unzutreffende Begründung für den Erlass eines Prozessurteils herangezogen haben, begründet keinen Verfahrensmangel.

16

c) Von einer weiteren Begründung sieht der Senat ab, weil sie nicht geeignet ist, zur Klärung der Voraussetzungen der Revisionszulassung beizutragen ([Â§ 160a Abs 4 Satz 2 Halbsatz 2 SGG](#)).

17

3. Die Kostenentscheidung beruht auf einer entsprechenden Anwendung von [Â§ 193 SGG](#).

Erstellt am: 22.01.2021

Zuletzt verändert am: 21.12.2024